

# Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend im Hause, einschließlich der Postlagen, "Mein Garten", "Die Frau und Ihre Welt", "Der heitere Alltag", "Praktisches Wissen für Alle", "Unterhaltungsblätter". Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadensersatz geleistet.

Fernsprecher Nr. 27

Abonnementpreis pro Monat 0.90 RM, frei

Der letzte Alltag", "Praktisches Wissen für Alle", "Unterhaltungsblätter".

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer

Gewalt wird kein Schadensersatz geleistet.



Teleg. Abt.: Zeitung.

Anzeigen werden die schrägpalierte 3 mm hohe (Petit) Zeile oder deren Rahmen mit 15 Pg berechnet; darüber 20 Pg. Bei Weiterholung entsprechender Rahmen. Reklamen sollen pro Zeile 40 Pg. Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegericht für Exteren und Ausland beträgt 15 Pg. Zeitungsbürgen werden billiger berechnet. Bäderungen an Postcheckkontos Frankfurt am Main Nr. 2071

berechnet. Bäderungen an Postcheckkontos Frankfurt am Main Nr. 2071

und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 125 128.

Dienstag, den 28. Oktober 1932

25. Jahrgang.

## Kanzler-Rede vor dem Handwerk

Einschränkung der öffentlichen Betriebe — Reichsgarantie und Zuschüsse für die gewerblichen Kreditgenossenschaften

### Hoover oder Roosevelt?

Berlin, 25. Oktober.

Am 8. November, zwei Tage nach der Reichstagswahl Deutschland, fällt in den Vereinigten Staaten die Entscheidung darüber, wer in den nächsten vier Jahren an der Regierung stehen soll. Über die Bedeutung einer Wahl braucht kein Wort verloren zu werden, weiß jedermann, wie sehr die Lösung der internationalen Fragen, die nun seit vielen Monaten schon die Staatsmänner beschäftigen, von der Haltung Amerikas mit bedingt. Hinzu kommt, daß der amerikanische Präsident weitgehende Machtsbefugnisse eingeräumt erhält. Legt man deutliche Voraussetzungen zu Grunde, dann vereinigt der Präsident der Vereinigten Staaten etwa das Amt des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in einer Hand.

Die Wahl des amerikanischen Präsidenten erfolgt im Gegensatz zu der Volkswahl in Deutschland nicht direkt durch das Volk sondern durch Wahlmänner, getrennt in den 50 Bundesstaaten. Jeder Staat wählt soviel Wahlmänner, wie er Senatoren und Abgeordnete zählt. Insgeamt sind 530 Wahlmänner zu führen. Eine Art Reichstag gibt es bei diesem System nicht; vielmehr genügt die kleinste Mehrheit in einem der Bundesstaaten, um alle Stimmen dieses Staates dem Mehrheitskandidaten zuzuführen. Die Stimmen der Minderheit fallen in den einzelnen Staaten glatt unter den Rest, so daß es schon vorgesehen ist, daß ein Präsident in das Weiße Haus einzog, der zwar die Mehrheit der Zusammensetzung auf sich vereinigte, nicht aber die Mehrheit der Gesamtkommission.

Vorberichtiglich ist die Wahl am 8. November eine Vorwahl. Endgültig wird der neue Präsident erst von den Wahlmännern gewählt werden, die zu diesem Zweck am Januar 1933 in Washington zusammengetreten und am Februar abstimmen werden. Als Termin für die Übernahme der Geschäfte durch den neuen Präsidenten ist der März 1933 festgesetzt worden. Vor dem Frühjahr 1933 kommt, wenn der Kandidat der Demokraten, Gouverneur Roosevelt, als Sieger aus dem Kampf hervorgeht, eine neue Aktivität der Vereinigten Staaten kaum zu erwarten. Aber auch wenn der Republikaner Herbert Hoover, der im November 1928 mit 444 gegen 87 Stimmen durchs Ziel ging, im Amt wieder bestätigt werden sollte, dürfte Washington noch längere abwarten, weil dann die Schwierigkeiten einen Zustand herstellen, in dem den Parlamenten sich mäßigend auswirken können.

Bisher ist der Präsident der Vereinigten Staaten regelmäßig von den Republikanern gestellt worden; die Wahl eines Demokraten bildete dabei immer nur die Ausnahme, die Regel bestätigt. Die letzte Ausnahme dieser Art war die Wahl Wilsons! Wenn auch diesmal ein Demokrat über die Republikaner triumphieren sollte, dann hat das einen durchaus vorbereitenden Einfluss. In den Wahlwetten wird ein sicherer und sicher vorweggenommen, laufen sie doch zu Gunsten Roosevelts.

Hoovers Stellung ist durch die Weltkrise erschüttert worden. Als 1928 Herbert Hoover, dessen Vorfahren aus England eingewandert sind, für das höchste Amt der Vereinigten Staaten kandidierte, da feierten ihn seine Freunde als den Mann, der den Wohlstand stabilisieren werde. Hoovers Wahl wurde gleichzeitig damit, daß auch der alte Mann sein Auto in die Garage einfahren und einen Sohn im Topf braten lassen könne. Als dann aber Hoover die Führung übernommen hatte, folgte dem Wirtschaftsaufschwung der Vereinigten Staaten, der in der Geschichte fast kein Beispiel hatte, der Rückschlag des Weltmarktes. Und viele leben auch in den Vereinigten Staaten mehr als zwölf Millionen Menschen von der öffentlichen Fürsorge! Daß Hoover sich hier damit verteidigt, in dem allgemeinen Zusammenbruch habe er nur darauf sehen können, noch Schlüsse zu verhindern, macht wenig Eindruck.

Hinzu steht es daher ohne Zweifel mit dem Befehl des großen Theodore, Franklin D. Roosevelt, der, obwohl an beiden Seiten gefangen, durch das ganze Land reitet und dort und es für die Zukunft unter demonstrativ betonten Wendungen, besser zu machen versucht. N. a. will Roosevelt für die Einführung einer Arbeitslosenversicherung den Abbau der Hochschulgebühre und den Abschluß neuer Handelsvereinbarungen. Um übrigens spielen aber sachliche Abgrenzung zwischen den Parteien kaum eine entscheidende Rolle, zumal sich die Demokraten und die Republikaner jetzt auch in der Frage der Altersholzgefegebung weitgehend geeinigt haben. In der Hauptfrage sind die beiden großen amerikanischen Parteien doch persönlich geprägt, die ihre Aufgabe darin erblicken, unter dem Motto: "Die Beute den Siegern Männer in Stellung zu bringen".

James Bryce, ein bekannter englischer politischer Sozialist, schreibt in seiner Untersuchung über die Demo-

tratten der angelsächsischen Welt, was bei der Präsidentschaftswahl in Amerika auf das Volk die größte Anziehungskraft ausgeübt sei, das ist, was man eine starke Persönlichkeit nennt. Das Volk wollte einen Mann, jemand, der mehr wert ist als sein Name oder ein Bündel läbiger Eigenschaften, eine lebendige Realität, mit der man sympathisiere, der man sich anschließen könnte. Mit und gegen sie seien demnach die Genossenschaften, die das Volk am meisten bewundern.

Wenn nun auch trotz aller Weltresultate und trotz aller Probeabstimmungen sichere Vorausgaben über den Ausgang der amerikanischen Wahlen nicht gemacht werden können, so steht doch zweitens fest, daß Mut und Energie diesmal mehr denn je die Eigenschaften sind, die vom Führer der amerikanischen Bewegung verlangt werden. Die Vereinigten Staaten dürfen nicht abwarten, bis die Dinge an sie herankommen, sondern sie müssen, wenn es zu einer gerechten Lösung der zur Diskussion stehenden Fragen kommen sollen, zu einem Teil auch die Arbeit eines Bahnbrechers übernehmen.

## Stärkung des Mittelstands

Die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Papen. — Vor neuen Aufgaben.

Berlin, 25. Oktober.

Reichskanzler von Papen nahm an einer von der Handwerkskammer Berlin veranstalteten Tagung des Obermeisters des märkischen Handwerks teil. Die Tagung, zu der auch aus anderen Teilen des Reiches Vertreter des Handwerks erschienen waren, war außerordentlich stark besucht.

Präsident Ludwig eröffnete die Versammlung mit der Bekanntgabe eines Begrüßungstelegramms des Reichspräsidenten von Hindenburg, des Ehrenobermeisters des deutschen Handwerks, in dem der Reichspräsident der Hoffnung Ausdruck gibt, daß es der gemeinsamen Arbeit von Reichsregierung und Handwerk gelingen werde, die Nöte zu lindern, unter denen das deutsche Handwerk leide.

Nach weiteren Ausführungen des Obermeisters Lohmann, der die Forderungen des Handwerks bekanntgab, nahm dann der Reichskanzler das Wort. Reichskanzler von Papen führte aus:

Die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung, die die deutsche Wirtschaft über den Tiefpunkt der Depression hinüber zu neuem Wiederaufstieg führen sollen, haben sich, das darf ich wohl erneut feststellen, bisher als richtig erwiesen. Bewährt hat sich vor allem der Grundgedanke der Maßnahmen, in erster Linie die Initiative des Unternehmertums wieder anzuregen und den Binnenmarkt, der ja gerade für Handwerk und Kleingewerbe entscheidend ist, zu stärken.

### Antwort an Raas

Auch die Kritik, die der Wirtschaftsplan auf der Tagung der Zentrumspartei in Münster fürzt durch den Wirtschaftsrat der Partei erfahren hat, bedeutet im Kern nur eine Zustimmung zu den Grundideen unseres Programms. Wenn man dann allerdings als "Kardinale Fehler" dieses Programms eine angeblich einseitige Hilfe an die Unternehmer feststellt zu können glaubt, so geht dieser Vorwurf völlig fehl, denn unsere Maßnahmen gelten der wirtschaftlichen Rettung des gesamten deutschen Volkes. Ich möchte auch meinen, daß

der Verbesserungsvorschlag, das Steuergutscheinystem auch auf die Einkommenssteuer auszudehnen, technisch undurchführbar

und praktisch außerordentlich gefährlich ist.

Bei dem Steueraufzug vom Arbeitslohn kann das Steuergutscheinverfahren deshalb nicht angewandt werden, weil der Arbeitgeber unmöglich mit einem etwa unter Par aufgelauften Steuergutschein den Steueraufzug vom Arbeitslohn entrichten darf, während gleichzeitig den Arbeitnehmern der volle Steuerbetrag abgezogen wird. Eine Kontrolle solcher Vorgänge ist völlig unmöglich.

Wollte man gar für gezahlte Einkommensteuer auszugeben, doch auf kleine Beträge lautende Steuergutscheine unmittelbar in Verbrauch umlegen, so würde man damit durch eine starke Ausweitung der Zahlungsmittel unzweckhaft eine wirklich begründete Inflation gefährdet heraufbeschwören.

Wenn also Herr Prälat Raas in Münster in seinen kritischen Bemerkungen zu dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung meint, wir unternehmen höchst gewagte Experimente, so glaube ich, daß diese Benennung weit zurückreichend auf den eben geschilderten Vorschlag der Zentrumspartei anzuwenden ist.

Wir wissen, daß unser Plan gewisse Risiken in sich trägt, aber wer nicht wagt, gewinnt auch nicht. Unsere gegenwärtige Lage fordert ein Wagnis zur Überwindung der Depression, nur müssen die Risikomöglichkeiten genau abgewogen und eng begrenzt sein und sie dürfen nicht außer Verhältnis zum erzielbaren Erfolg stehen. Das ist von uns, wie ich überzeugt bin, genügend berücksichtigt worden.

Ich begrüße es deshalb, wenn kürzlich auf der Tagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes Abg. Tarnow die Bereitschaft der Gewerkschaften erklärt, dem wirtschaftlichen Teile des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. Ich hoffe, daß damit nicht nur ein passives Abwarten und Beobachten ausgedrückt werden sollte, sondern positive Mitarbeit in Aussicht gestellt wird.

Denn nur durch die willige Mitarbeit unseres ganzen Volkes kann das Werk der Krisenüberwindung gelingen. Die Zeiten, da man tatenlos beobachtet in der von parteilichen Rücksichten diktierten stillen Hoffnung, der andere werde mit seinen Plänen Schiffbruch erleiden, müssen vorüber sein. Es geht um Ganzes, um uns alle, um jeden einzelnen, um Gegenwart und Zukunft.

Ganz zu Unrecht wird der Reichsregierung vorgeworfen, ihre Sorge galt in erster Linie der Großwirtschaft. Gerade die Ereignisse der letzten Jahre haben im Osten unseres Vaterlandes zur Evidenz der Schifffahrtsverbundenheit des deutschen Handwerks mit der Landwirtschaft erwiesen. Hier bringt die

Zweite Entschuldungsverordnung für das Ostseegesetz gerade den durch die Entschuldung in Schwierigkeiten geratenen Handwerker und Handelsreisenden eine rechte und hilfreiche Erleichterung. Die für die Barabfindung der Gläubiger zur Verfügung stehende Summe wird von 100 auf 240 Millionen Reichsmark erhöht. Daraus ergibt sich eine Barabfindung von durchschnittlich 40 v. h. Auch die Ablösung der geschäftsmäßigen Forderungen durch das Reich wird die Abfordrungen für die Gläubiger verbessern. Aber auch mit der Industrie sind Handwerk und Kleingewerbe auf engste verbunden. Wenn die Fabrikarbeiter rauchen, regt sich auch in den Werkstätten des Handwerks neues Leben. Wenn der Bauer auskömmliche Preise erzielt, so setzt er zu allererst den Handwerker in Lohn.

### 750 Millionen RM für Arbeitsbeschaffung

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm wird aber für die handwerkliche Wirtschaft nicht nur den mittelbaren Nutzen bringen, sondern es wird in Auswirkung des Programms gewaltige Summen an Aufträgen dem Handwerk unmittelbar zugänglich.

Die öffentlichen Stellen sind bereits mit der Erteilung beträchtlicher Aufträge vorangegangen. Insgesamt werden von ihnen in den nächsten Monaten öffentliche Arbeiten im Werke von nahezu ½ Milliarden RM in Auftrag gegeben werden. Mit diesen Beträgen werden Arbeiten finanziert, die zu einem beträchtlichen Teile von Handwerkern ausgeführt werden müssen. Pläne für weitere öffentliche Arbeiten, die in großem Umfang von den Kommunen vergeben werden sollen, sind in Vorbereitung. Mit Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß alle beteiligten verantwortlichen Behörden und Stellen bei der Vergabe dieser Arbeiten, soweit es technisch irgend möglich ist, Handwerk und Mittelstand heranziehen.

Auch die Steuergutscheine und die Beschäftigungsprämie werden dem Handwerk erhebliche Vorteile bringen. Gerade beim Handwerk ist eine Möglichkeit zu Neueinführung, besonders für Hausreparaturen und dergleichen vielfach gegeben, und die Höhe der Prämie — etwa 1.30 RM pro Arbeitstag — ermöglicht es dem Handwerker, seinem Kunden in der Kalkulation entgegenzutreten.

In diesem Zusammenhang kann ich Ihnen mitteilen, daß die Reichsregierung zur Zeit eine Verordnung vorbereitet, die die Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand einer periodischen Prüfung unabhängiger Stellen unterwirft und eine Einschränkung der privatwirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand zum Ziele hat. Grundsätzlich steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand sich auf die Betriebe und Produktionszweige beschränken soll, deren Bedeutung für das Volksgesamt so groß und deren Struktur so einfach ist, daß sie zentral bewirtschaftet werden können.

Weiterhin hat die Reichsregierung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die der besonderen Not des Handwerkslandes steuern sollen. Im Mittelpunkt dieser Maßnahmen steht die Bereitstellung von 50 Millionen RM für die Vornahme von Hausreparaturen. Der tatsächliche Umfang der Hausreparaturen, die mit Hilfe dieser Reichsaufschläge aus-

geführt werden, beauftragt sich auf das Wohlsehe dieses Reichs zuschliesse.

### Reparaturaufträge für 400 Millionen RM.

Nach einer Mittelung aus Kreisen des Haushaltswesens sind bereits in 10 Tagen Anmeldungen für Reichsnutzläufe zu Reparaturen an Hausgrundstücken in etwa 500 Orten im Gesamtbetrag von rund 23 Millionen RM eingegangen. Die überwiegende Mehrzahl darunter betrifft Aufträge über 500 RM. Insgesamt wird mit Auftragserteilungen von 300 bis 400 Millionen RM gerechnet.

Wir schulden dem schwer bedrängten Haushalt eine Anerkennung für den Beweis volksfester Mitarbeit und können nur hoffen, daß die Entwicklung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage hier weitere steuerliche Entlastungen in absehbarer Zukunft möglich machen wird.

Die erwähnten Durchführungsbestimmungen stehen ausdrücklich ein Verbot der Schwarzarbeit vor, das bei der hier vorliegenden Begrenzung auf ein verhältnismäßig enges Arbeitsgebiet und bei den vergleichsweise einfachen Kontrollmöglichkeiten durchführbar ist. Für die Schwarzarbeit im allgemeinen, die, wie ich anerkenne, vor allem das Handwerk bedrängt, gilt dies, wie jeder einsichtige Wirtschaftler zugeben muß, leider nicht.

Die Schwarzarbeit kann durch staatliche Verbotsvorschriften an sich nicht zum Verschwinden gebracht werden. Sie ist wirklich nur durch eine Wiederbelebung der Wirtschaft zu bekämpfen. Um jeden Arbeitnehmer, den Sie, meine Herren, in Auswirkung der neuen Wirtschaftspolitik mehr zu beschäftigen vermögen, wird das Heer der Schwarzarbeiter sich mindern. Der Freiwillige Arbeitsdienst kann die Arbeitsmöglichkeiten des Handwerks nicht beschränken.

### Kredithilfe für das Kleingewerbe

Mit der Schaffung unmittelbarer Arbeitsmöglichkeiten und der Erleichterung von Neueinstellungen allein ist es nun nicht getan. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß zur Übernahme von Aufträgen besonders die kleinen und mittleren Betriebe der Zuführung neuer Kapitals bedürfen, das sie vielleicht verloren haben. Sie hat deshalb der Bank für Deutsche Industrie-Obligationen 50 Mill. RM Reichsschulanhängerungen zugeführt, die diese in die Lage setzen sollen, längerfristige Kredite an kreditbedürftige Unternehmer insbesondere des Kleingewerbes zu geben.

Im Rahmen dieser Maßnahmen liegt es auch, daß die Reichsregierung bereit ist, den gewerblichen Kreditgenossenschaften, also den berufenen Kreditinstituten des Mittelstandes, zu helfen. Diese Hilfe ist eine doppelte: einmal übernimmt die Reichsregierung

### Reichsbürgschaften für Kreditgenossenschaften

in einem Gesamtausmaß von 65 Millionen RM, um die Zahlungsbereitschaft dieser Institute wiederherzustellen; zum anderen gewährt das Reich den gewerblichen Kreditgenossenschaften verlorene Zusicherungen, um die Kreisverluste tragbar zu machen, die sie aus eigener Kraft nicht auszugleichen vermögen. Für diesen legitimen Zweck sind bisher bereits 25 Millionen RM ausgegeben worden. Die Reichsregierung bereitet zur Zeit eine begrenzte Fortführung dieser Hilfsaktion vor.

Allenthalben drängt der in der Depression stark aufgestaute Erneuerungsbedarf nach Befriedigung. Dieser Bedarf ist der beste und nachhaltigste Anstoß für einen Wiederaufstieg der Produktion. Es hat sich die Möglichkeit ergeben, den Reichsbaudiskont von 5 auf 4 v. H. zu senken. Die Reichsregierung wird sich nach Möglichkeit eine

### Weitere Zinsentlastung

angelegen sein lassen. Dem wird sich schrittweise das ganze Zinsniveau des Landes anpassen.

Nicht alles, was von den einzelnen Erwerbsständen an dringenden Hilfsmaßnahmen gefordert wird, kann berücksichtigt werden. Im Augenblick müssen wir uns auf das Alternotwendigte und wirklich durchführbare beschränken. Aber ich glaube, daß die Maßnahmen, deren Überblick ich soeben gegeben habe, dem Handwerk wie dem gesamten Mittelstand die dringendste Erleichterung bringen und die Überleitung zu einer dauernden Gefundung ermöglichen werden. Wir versprechen nicht mehr, als wir zuverlässig glauben halten und wirklich erfüllen zu können. Die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung ist eine ausgesprochene Mittelstandspolitik.

Das Handwerk hat die Eigenfunktionalität an sich, daß es keine Arbeitsmarktpartei darstellt, sondern einen Berufsstand. Darin liegt seine bleibende Bedeutung im Bau unserer Gesellschaft und unseres Staates. Die Neuordnung dieses Baues, die wir erstreben, soll gerade auf den natürlichen Ordnungen beruhen, an die wir glauben. In erster Linie auf der Familie, deren Belehrung und Förderung die vornehmste Aufgabe des Staates sein wird; nächst ihr auf den Berufsständen.

Es ist ein bestiegenes Schlagwort im Wahlkampf geworden, die Regierung wolle die Rechte des Volkes anlaufen. Wir denken nicht daran, das zu tun! Wir sind im Gegenteil der Überzeugung, daß über nebenstehenden Dingen, über Parteidienst und Machtfragen die eigentlichen Rechte des Volkes vergessen worden sind, nämlich die Rechte, die sich auf Arbeit und Brot, auf die Freiheit des staatsbewußten Bürgers, auf den Eigentum der Familie, auf deutsche und christliche Erziehung und schließlich auf die Mitwirkung der Berufsstände am öffentlichen Leben beziehen. Diese Rechte und Freiheiten aber geben dem Staat und der Verfassung erst ihren eigenen Inhalt und ihr soziales Fundament. Die Regierung steht vor der unabsehbaren Aufgabe, das Volk instandzusetzen, diese seine Rechte wieder auszuüben.

In diesem Zusammenhang muß ich ein offenes Wort zu den programmativen Ausführungen des Führers der Zentrumpartei in Münster sagen. Der Führer des Zentrums stellt in dem Bestreben, seine Partei und das Parlament vor den Vorgängen des 12. September reinzuwaschen, die Dinge auf den Kopf, wenn er behauptet, die Regierung habe eine Ausprache gefehlt und sei dem offenen Kampf mit dem Parlament ausgewichen. Die stiefel Feuerquelle für das Nichtfunktionieren des Parlaments liegt in der Bergewaltung der politischen Persönlichkeiten durch die Parteimasse und die Bürokratie.

### Ständische Neuordnung

Wenn man der Regierung vorhält, jetzt sei keine Zeit für eine Verfassungsreform, so stellt diese Aussöhnung die Dinge auf den Kopf. Die deutsche Wirtschaft wird nicht gestiftet werden können, wenn nicht gleichzeitig gesetzliche politische Verhältnisse hergestellt werden! Der Wille des Volkes kann in einem Reichstag keinen Ausdruck finden, der nur einklang ist in der Vernunft.

Deshalb muß das Volk befähigt werden, seinen Willen nicht nur durch den Reichstag, sondern auch durch seine anderen Vertretungen geltend zu machen; zu ihnen gehören die Berufsvorstellungen, die vom ihm selbst geschaffenen Organisationen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Sie gehören deshalb zu den Trägern des neuen Volksstaates. Und wenn wir heute noch Mitteln haben, die verantwortliche Mitarbeit des Volkes neu und höchstlich zu gestalten, dann wird eines von Ihnen die Heranziehung der vertraulichen Gemeinschaften zur Mitarbeit sein müssen.

### Staatsform nicht spruchreif

Wir stehen im Zeichen der Wahlreden. Das Ausland verfolgt mit gespannter Aufmerksamkeit die Entwicklung der innerpolitischen Lage und die Methoden, mit denen eine gewisse Presse den Wahlkampf führen zu müssen glaubt. Darunter fällt das Gehör von der bevorstehenden Restaurierung der Monarchie in Deutschland.

Ich möchte nicht den geringsten Zweifel darüber lassen, daß wir niemandem im Auslande das Recht zuerklären, darüber zu urteilen, welche Staatsform für Deutschland die geeignete sei. Darüber hat allein das deutsche Volk zu entscheiden. Aber ich habe es schon einmal befunden und lege Wert darauf, es unmöglich zu wiederholen: Wir haben eine solche Fülle von Problemen zu lösen, daß wir froh sind, uns nicht auch noch um Fragen der Staatsform sorgen zu müssen. Diese Frage steht nicht zur Debatte.

Über unsere Aufgabe: Wirtschaftsprogramm und Verfassungsreform wird man nicht bis zum 6. November urteilen können. Die Regierung wird die Auswirkung in Ruhe und Gestalt erwartet, sie wird weiter helfen, wo sie kann, und sie wird sich durch überwollende Kritik, politisch Marktreiterei und persönliche Verunglimpfung, die immer nur ein Zeichen von Schwäche sind, keinen Fuß breit von ihrem Wege ablenken lassen.

Der Kanzler gab dann nochmals einen Rückblick über die bisherige Arbeit der Reichsregierung und beendete dann seine Rede mit den Worten: In den vergangenen fünf Monaten hat es noch keinen Tag gegeben, an dem die Reichsregierung nicht in allen ihren Mitgliedern völlig einig und geschlossen gewesen wäre, ohne Rücksicht auf Parteien, Klassen oder Interessengruppen ihre Pflicht gegenüber Gott und dem Vaterland zu tun. Sie, die Vertreter des deutschen Handwerks, sind durch die Jahrhunderte untrennlich mit dem Schicksal dieses Volkes verwachsen. Und deshalb kann ich Ihnen heute die Worte des Habsburger Juristen: "Was deutsch und echt, wüßt' keiner mehr, lebt's nicht in deutscher Meisterschule." Für uns gilt allein der Wahlspruch: Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!

### Mittelstandsvertreter bei Papen

Überreichung einer Denkschrift.

— Berlin, 25. Oktober.

Unter Führung des früheren Reichstagsabgeordneten Jäger-Celle und Wienhold-Hannover (deutschnational) fand ein Empfang von Mittelstandsvertretern beim Reichskanzler statt. Die Abordnung hat dem Kanzler eine Denkschrift überreicht, in der von Seiten der Regierung Erleichterungen für das Handwerk, den Haushalt und den Einzelhandel gefordert werden. Unter anderem wird eine Aenderung der Umsatzsteuer empfohlen. Weiter werden energetische Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit verlangt. Auch die Förderung auf Aufhebung des Schenter-Vertrages wird erhoben.

Wie mitgeteilt wird, verweist der Reichsanzler im Laufe der Befredigung auf eine Reihe von Maßnahmen, die die Reichsregierung im Sinne der geäußerten Wünsche in Vorbereitung hat. Zum Schluß sagte der Kanzler zu, das in einer Denkschrift übermittelte Aktionsprogramm für den Mittelstand zum Gegenstand einer eingehenden Beratung im Kabinett zu machen.

### Aufruf zu den Kirchenwahlen

Kanzlererklärung.

— Berlin, 25. Oktober.

Am Sonntag wurde von sämtlichen Kanzeln im Gebiet der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union ein Aufruf zu den Kirchenwahlen verlesen. Es wird darin auf den Beschluss des Kirchendienstes hingewiesen, die Neuwahl zu den kirchlichen Gemeindekirchenräten trock der unmittelbar vorhergehenden Reichstagswahl in den Tagen vom 12. bis 14. November stattfinden zu lassen und dann fortzufahren: Es besteht die erste Gefahr, daß die Kirchenwahlen in unserer politisch stark erregten Gegenwart durch andere als kirchliche Gesichtspunkte bestimmt werden. Die Kirche hat nur einen Auftrag: Das Evangelium ohne Ansehen der Person und der Partei zu verkündigen. Die unbirrbare sie das tut, um so wirkamer dient sie auch unterem Volke, für dessen Gedanken sie heiligste Verantwortung trägt.

In dieser Erkenntnis ruft der Kirchenherr alle Wahlberechtigten auf, bei der Ausübung ihres Wahlrechts nur kirchliche Gesichtspunkte maßgebend sein zu lassen und nur solche Personen in die kirchlichen Körperschaften zu wählen, die ihnen die Gewähr bieten, daß sie gewählt sind, lediglich vom Evangelium aus das geistliche, liturgische und soziale Wohl der Gemeinde zu fördern. Gott aber lasse auch sie bevorstehenden Wahlen dazu dienen, daß unsere Kirche selbst stehengeblieben auf dem Grunde, außer dem kein anderer gelegt werden kann.

### Der Umbau des Rundfunks

Die neuen Richtlinien werden Mitte nächster Woche dem Reichsrat zugeliefert.

— Berlin, 25. Oktober.

Von zuständiger Stelle wird bestätigt, daß die Befreiungen mit den Ländern über Rundfunkfragen, die nunmehr abgeschlossen sind, lediglich vorbereitenden Charakter gehabt haben. Die neuen Richtlinien für den Rundfunk werden voraussichtlich Mitte nächster Woche im Reichsrat verabschiedet.

Die Befreiungen wurden vom Reichsinnenministerium und dem Reichspostministerium gemeinsam geführt und bewegten sich auf der Grundlage der Leitfäße vom Juli vorlaufen Jahres, die damals bekanntlich zwischen den Län-

dern und dem Reich vereinbart worden sind. Die zu Vergleichung stehenden Punkte behandeln die Sitzungen der Rundfunkgesellschaften, die Gesellschaftsammlungen der Absendergesellschaften und die Reichs- und Landesfunkgesellschaften für die Rundfunkgesellschaften, die Bestimmungen für die Rundfunkgesellschaften, die grundlegende Bedeutung hatten. Die einzelnen Entwicklungen, die behoben werden sind, sind in den einzelnen Ministerien vereinbart worden. Als unrichtig wird die Behauptung einzelner Zeitungen bezeichnet, wonach die Reichs-

hauptung einzelner Zeitungen bezeichnet, wonach die Reichs-

# Aus der Heimat

Spangenberg, den 25. Oktober 1932.

## Bäuerlicher Nachwuchs

Die Zeit kommt heran, in der die landwirtschaftlichen Betriebe ihre Tore wieder für die bäuerliche Jugend öffnen. Über manch einer Stelle steht heute noch schwankend, fragt sich ob er in dieser Notzeit die für den Schulbesuch notwendigen Ausgaben aufzubringen und verantworten kann. Die Zukunftsschäppchen ist heute leider eine starke Hemmung für den Betrieb. Dabei sollte man aber bedenken, daß keine Wirtschaftsschule sich auf die Dauer so bezahlt macht, wie das kann, das man für eine sachgemäße Fachausbildung der Kinder aufwendet.

Die Befürchtung, die jungen Leute könnten durch die ungewöhnlichen Fortführung des elterlichen Betriebes ausgebildet werden, ist ein Vorurteil, dem man nur bei solchen Betrieben begegnen, die den Betrieb unserer Landwirtschaftsschulen nicht aus eigener Anfahrung kennen. Jeder Betrieb weiß, daß der Landwirt heute zum erfolgreichsten Betrieb seines Gewerbes ein erhebliches Maß von Kenntnissen nötig hat, die er nur auf einer Fachschule erwerben kann. Ohne eine grundlegende Fachausbildung kann der Landwirt auch später keinen rechten Nutzen aus der Wirtschaftserziehung ziehen. Gerade die unausleidlichen Wirtschaftsumstüdien, die der Wechsel der Konjunkturen mit bringt, erfordern Betriebsleiter, die über ein großes Maß an Kenntnissen verfügen, um sich den Verhältnissen anzupassen zu können, ohne ihren Betrieb zu gefährden.

Über noch etwas anderes ist unserer Jugend not, nämlich Erziehung. Unsere Landwirtschaftsschulen wollen nicht nur Lehranstalten sein, sie sind auch Erziehungsstätten. Sie wenden sich nicht nur an den Berufstand, sondern sie wollen alle geistigen und seelischen Kräfte des jungen Menschen stoffen und fördern, wollen ihn nicht nur zu Berufstüchtigkeit ausbilden, sondern auch zu Berufsfreudigkeit erziehen. Unter diesen Leitgedanken steht die gesamte Schulzucht der Unterförderung des bäuerlichen Nachwuchses unternehmen.

**Ausgaben für Architekten.** Die Not der Eigentümer von Häusern mit Baulösungen nimmt von Vierteljahr zu Vierteljahr zu. Es werden immer mehr große Wohnungen gebaut, die modern, eingerichtete kleinen verlassen, und an den Hausbesitzer tritt der Frage heran, wie er dem Mietsausfall ausweichen kann. Hier liegt für Architekten ein nicht immer voll beantwortetes Feld vor. Außerdem wird von den Architekten, der sich solchen Aufgaben widmet, verlangt, daß er genau mit den Vorrichtungen bekannt ist, die dem Hausbesitzer, Siedlung, Darlehen u. a. ermöglichen, so wie mit deren Höhe und den Wegen, auf denen sie zu erhalten sind. Von diesen Zusätzen und dergleichen kann bei der Wohnungsteilung ausgegangen werden, und es kann danach geprüft werden, auf welche Art die für den Hausbesitzer ertragreichste Form der Wohnungsteilung ermittelt wird, d. h. diejenige, die die höchste Miete bringt und die Zuschußmöglichkeiten ausnutzt.

**+ Neuer Roman.** In der nächsten Nummer beginnen wir mit einem sehr spannenden Roman, betitelt "Karl der Kleine". Wir lassen hierin unseren lieben Wolfgang Marken zum Worte kommen, der uns durch seine sensationellen Erzählungen ein treuer Freund geworden ist.

**X Abholung von Fleischkarten.** Wir weisen an dieser Stelle nochmals auf die amtliche Bekanntmachung im Anzeigenteil hin, wonach die Fleischkarten für Minderjährige morgen Vormittag 10 Uhr abgeholt werden müssen.

**s Adolf Hitler spricht in Kassel.** Die NSDAP-Gruppe Spangenberg teilt uns mit, daß am übernächsten Donnerstag, dem 3. November, Adolf Hitler in Kassel spricht. Hinfahrt und Kartenvorverkauf wird noch bekannt gegeben.

**E Wieder zehn Eisenbahnwagen voll Kathreiner für die Deutsche Winterhilfe!** Das Haus Kathreiner in Berlin hat wieder, ebenso wie im vergangenen Jahre, vierhunderttausend Paten Kathreiner gespendet, die im Winter an Arbeitslose kostenlos verteilt werden sollen.

**# Die sechste Baulandzuteilung der Deutschen Bauverlasse (Abteilung der Landeskreditanstalt) in Kassel findet am Freitag, den 18. November 1932, vormitteils 10 Uhr, in Kassel, im Schausaal der Landeskreditanstalt Kassel, Standesplatz 17/I statt. Zutellungsbeschränkt sind sämtliche Bauparate, deren Vertrag spätestens am 1. August (für Tarif 18 spätestens am 1. Juli) 1932 begonnen hat und die mit Einzahlungen nicht im Rückstand sind. Jeder Bauparate, der sich als solcher erweist, kann der Zutellungsabhandlung beinhören. Alle Deutschen Bauverlasse in Deutschland haben bis Ende August 1932 insgesamt 48 390 Verträge über 252,8 Millionen RM. abgeschlossen. Davon wurden bisher 972 Verträge mit einer Gesamtsumme von 37,8 Millionen Reichsmark zugutegehalten, ein ansehnlicher Betrag, den die Deutschen Bauverlasse in dieser kapitalarmen Zeit damit bisher dem Bau- und Hypothekenmarkt zugeführt haben.**

**o Die Wetterlage.** Die Wirkungsfähigkeit über dem nordamerikanischen Ozean hat sich wieder sehr verstärkt, doch ist weiter mit vielfach aufgebliebtem Wetter zu rechnen.

**- Elbersdorf.** Gestern morgen gegen 12 Uhr wurde das Feuerhorn durch unser Dorf. Auf unerklärliche Weise war in den Holzschuppen der Wv. Gerlach und Schüler ein Brand ausgebrochen, der sich im Nu zu einem mächtigen Feuer entwickelte. Das Feuerherd war sofort zur Stelle. Nach mehr als einstündigem harter Arbeit gelang es ihr, das Feuer zu dämmen. Der Schuppen ist allerdings vollkommen niedergebrannt. Auch wurde der größte Teil des Holzes, zwei Handwagen und Wirtschaftsgeräte ein Raub der Flammen. Dank der guten Arbeit des Pflicht-Feuerwehr, unter Leitung des Ortsbrandmeisters Karl Schanz, konnte es verhindert werden, daß das Feuer auf die angrenzenden Wohnhäuser übergriff.

# Aus Stadt und Land

\* Noch ein Tot der „Nobe“ gehangen. Von einem Gehmarter Fischerboot wurde wieder ein Tot der „Nobe“ gehangen, dessen Personalien jedoch bisher noch nicht festgestellt werden konnten. Die Leiche wurde von den Fischern zum Feuerschiff „Hohmann-Bell“ gebracht, von wo sie durch eine Barfasse des Kreuzers „Königsberg“ abgeholt und nach Kiel übergeführt worden ist.

\* „Graf Zeppelin“ wieder nach Südamerika unterwegs. „Graf Zeppelin“ ist am Montag um 8.30 Uhr in Friedlandshafen unter Führung des Kapitäns Behmanns zur neunten Südamerikafahrt über Pernambuco nach Rio de Janeiro gestartet. Unter den zwölf Passagieren, die an der Fahrt teilnehmen, befindet sich auch der Leiter der englischen Zivilflottilde, der Master of Sempill.

\* Schwerer Sturz beim Breslauer Motorradrennen. Bei den auf der Rennbahn Breslau - Grottkau veranstalteten Motorrad-Rennen ereignete sich ein schwerer Sturz. Bereits beim Training am Sonnabend waren die beiden Breslauer Hübler und Böckhahn gestürzt. Hübler erlitt eine Schädelverletzung, Böckhahn eine schwere Fingerverletzung. Erster noch verließ ein Unfallsturz am Sonntag, dem der Breslauer Weise zum Opfer fiel. Im Endlauf des Eröffnungslaufs stieß Weise dann mit den hinteren Füßen auf den Zement, wurde von der Maschine geschleudert und prallte mit dem Kopf gegen die Umzäunung. Mit einem äußerst bedeutsamen Schädelbruch wurde Weise in die Klinik geschafft.

\* Flugzeugabsturz in Zwiesel. — Über niemand verletzt. Auf dem Flugplatz in Zwiesel stürzte das Flugzeug „D. 1366“ des Zwiesler Vereins für Luftfahrt und Fliegewesen aus etwa 25 Meter Höhe ab und wurde vollständig zertrümmer. Der Flugzeugführer, ein Flugschüler aus Leipzig, und sein Bruder, kamen ohne Verletzungen davon.

\* Auto mit Fußballspielern zerschellt. Ein mit etwa 20 Fußballspielern belegter Postkraftwagen aus Orlitz fuhr in Mammendorf mit voller Geschwindigkeit in den Vorgarten eines Hauses. Der Chauffeur war auf der Stelle tot. Weitere sechs Schwer- und mehrere Leichtverletzte wurden im Krankenhaus Königsstein (Taunus) eingeliefert. Drei der Schwerverletzten schwanden in Lebensgefahr.

\* Ein zweiter Kreuzersturz in Schweden? Die Verhaftung von Torsten Kreuger wird für Schweden noch weittragende wirtschaftliche Folgen haben. Es ist vielleicht damit zu rechnen, daß Kreuger sich wirtschaftlich nicht über Wasser halten wird. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, wann einige seiner Gesellschaften ihren Betrieb einstellen müssen. Man würde dann vor einem zweiten Kreuzerzusammenbruch stehen, wenn auch nicht von dem gleichen Ausmaß wie dem ersten.

\* Dänischer Schoner bei Grönland verschollen? Die Verwaltung der Grönlandkolonie hat eine Meldung, aus Grönland erhalten, wonach der Schoner „Sælen“, der am 26. September von Godthaab abgegangen sei, um nach Holsteinborg zu fahren, unterwegs verschollen sei. Am Bord befand sich außer dem dänischen Kapitän eine Mannschaft von sechs Estmos und der Kolonialverwalter Lembeck-Otto mit Frau und Tochter aus Nordgrönland, der sieben Jahre als Verwalter der nördlichsten Kolonie gewesen ist, nachdem er bereits 27 Jahre auf Grönland gewelt hat. Seine Tochter Lembeck seinen Abschied genommen und befand sich auf der Heimreise nach Kopenhagen. Gleichzeitig ist eine Meldung bei der Kolonialverwaltung in Kopenhagen eingetroffen, wonach Flügelmutter das Wrack eines Zweimasters vor Aglo in der Nähe von Egedesminde in Südgrenland zwischen dem 14. und 18. Oktober angetroffen hätten. Man nimmt an, daß dies das verschollene Segelschiff ist.

\* Bäderfest in Warschau. In Warschau ist am Sonnabend der Bädergehilfenfest begonnen, wodurch etwa 80 v. h. aller Bäderneien geschlossen werden mußten. Der Streit verläuft rüdig.

\* Vier polnische Todesurteile vollstreckt. In Rawno verurteilte das Sondergericht vier Männer, die wegen Spionageaktivität zu Güntzen Sowjetruhlands angeklagt waren, zum Tode durch Erhängen. Da der Staatspräsident von seinem Gnadenrecht keinen Gebrauch machte, wurde das Urteil kurz darauf auf dem Hofe des Gefängnisses vollstreckt.

\* Fünf Eisenbahnbeamte in Sowjetruhland zum Tode verurteilt. Das Gericht in Nischni Illinsk verurteilte fünf Eisenbahnbeamte zum Tode durch Erhängen, weil sie Güterwagen ausgelöscht hatten. Die Todesurteile sollen binnen 72 Stunden vollstreckt werden.

\* Luftpolizei Moskau-Wladivostok. Die Luftpostlinie Moskau - Wladivostok soll Anfang November eröffnet werden. Die Strecke, die rund 10 000 Kilometer lang ist, soll in 3½ Tagen besiegeln werden.

\* Lohnstreit in der englischen Spinnereiindustrie beigelegt. Der Lohnstreit in der Spinnereiabteilung der englischen Baumwollindustrie wurde nach zehntägiger Verhandlungsergebnisse in Mandelton beigelegt. Es war eine Vermittlung in allerleiger Stunde, da die Lohnkürzungen am Sonnabend abgelaufen waren und bei einer Neinleistung sämtliche Spinnereibetriebe in Lancashire mit über 160 000 Textilarbeitern stillgelegt worden wären. Die Einigung zwischen den Fabrikanten und Spinnern erfolgte auf Grundlage einer Lohnkürzung von 7½ %.

\* Neuer Erdstoll auf Chalkofle. Die Stadt Heirissos in Chalkofle wurde in der Nacht zum Sonntag von einem neuen starken Erdstoll erschüttert, dem einige leichte Stöße folgten. Gleichzeitig wurden unterirdische Geräusche gehört. Erdstoll war bekanntlich bei dem neuerrichteten großen Erdbeben eine der am meisten heimgesuchten Städte.

\* Massenabschlagsfest durch Großfeuer. In dem japanischen Dorf Komatsu wurden durch ein Großfeuer 1200 Häuser zerstört. 5000 Menschen wurden obdachlos.

\* 65 Kilometer lange Goldader. Dank den Bemühungen eines deutschen Wissenschaftlers, Dr. Krahmann, soll eine 65 Kilometer lange goldtragende Verlängerung der berühmten Witwatersrand-Goldader in Südafrika entdeckt werden.

\* Autobus stürzt ins Wasser. — 18 Tote. Wie aus Ratzeburg am Mississippi gemeldet wird, stürzte ein Autobus beim Auffahren auf das Fährboot nach Vidalia in den Fluß. 17 Negro und ein Weißer ertranken. Sechs Personen konnten gerettet werden.

## 90 000 Mark veruntreut

Riesenstandal bei der Dresdenner Ortsstrafe.

— Dresden, 25. Oktober.

Wie die Dresdenner Kriminalpolizei mittelt, bildeten erhebliche Unregelmäßigkeiten bei der Allgemeinen Ortsstrafe

Ortsstrafe in Dresden in den letzten Tagen den Gegenstand umfangreicher kriminopolizistischer Erörterungen. Durch Beamten der Prüfstelle des Bandesverbandes Sächsischer Krankenanstalten war festgestellt worden, daß verschiedene Rechnungsbelege fehlten. Dem für das Festen der Belege verantwortlichen Sekretär Höhne wurde von seiner Dienstbehörde eine Frist zur Regelung der Angelegenheit gesetzt. Höhne verbiß hierauf Selbstmord.

Bei den nunmehr von der Kriminalpolizei und Beamter der Prüfstelle erfolgten Nachprüfungen wurde festgestellt, daß es seit 1926 in minuter reich plumper Weise Rechnungen gesäßt und mit dem Besitzer einer Badeanstalt Hand in Hand gearbeitet hatte. Die Höhe der veruntreuten Gelder beträgt sich nach den bisherigen Feststellungen auf mindestens 50 000 bis 90 000 RM. bestimmt.

Um Anschluß an diese Feststellungen hat die Ortsstrafkasse größere Personalaenderungen vorgenommen. Neun Beamte wurden vorläufig in ihren Diensten entlassen, darunter auch der Hauptkassier und der Leiter der Prüfungsabteilung. 45 Beamte wurden an andere Dienststellen versetzt.

Die Allgemeine Ortsstrafkasse teilt mit, daß sie für die veruntreuten Gelder in der obengenannten Höhe Sicherstellungen erlangt habe.

## Einbruch in Fridolins Münster

Wertvolle Kunstgegenstände geraubt.

— Waldshut, 23. Oktober.

In der Nacht zum Sonntag wurde in die berühmte Kirche von Sädingen in Baden ein Einbruch verübt, bei dem eine große Anzahl auserlesener Kunstwerke geraubt wurde. Die vorläufig unbekannten Diebe stahlen das Meisterwerk des heiligen Fridolin und verschiedene andere Kunstgegenstände von hohem Wert. Nach den bisherigen Feststellungen haben sich die Täter offenbar am Sonnabendabend bei der Kirche einzuschließen lassen, die Tür zur Sakristei aufgebrochen, um zu den kostbaren Reliquienkreuzen des heiligen Fridolin zu gelangen, und das Glasfenster des Schreins zerstört. Nach der Tat haben sie die Kirchtür von innen geöffnet und konnten so unerkannt entfliehen.

Die jetzt aufgelöste Kirche steht an der Stelle, an der der irische Gläuberbote Fridolin im Jahre 522 ein Kloster gegründet hatte. Mehrere Male wurde die schöne Kirche mißtun der Klostergebäuden ein Raub der Flammen. In seiner heutigen Gestalt ist das Münster St. Fridolin 1698 erbaut. Es birgt in kostbarem Reliquienkreuz die Gebeine seines Schutzherrn. Die Sädinger Polizei hält es nicht für ausgeschlossen, daß in der Kirche die gleichen Verbrecher tätig waren, die vor wenigen Tagen das Stuttgarter Stadtmuseum ausplünderten. Vorläufig fehlt von ihnen jede Spur.

## Geschwaderflug rund um die Erde

Ein italienisches Riesenunternehmen mit 24 Flugzeugen.

— Rom, 25. Oktober.

Wie verlautet, steht für den März oder April 1933 ein großes italienisches Unternehmen auf dem Gebiete des Geschwaderfluges in Aussicht. Es handelt sich um nichts Geringeres als um einen Flug rund um die Erde, der etwa drei Monate dauert und eine Zuverlässigkeitstestung darstellen soll. 24 Wasserflugzeuge werden daran teilnehmen. Es wird an etwa 30 Stationen gedacht, wobei New York und wahrscheinlich Tokio als größere Stationen und Stützpunkte dienen sollen.

Der Flugzeugtyp ist der „Savoya 55“, der aber mit neuen Motoren von 750 bis 800 Pferdestärken und geringem Brennstoffverbrauch ausgerüstet ist. Die Motoren, die eine Stundengeschwindigkeit von 200 Kilometern erlauben, werden in New York gegen andere neu ausgetauscht werden. Der Abflug und das Ziel sind am bekannten Flugzeugbahnhof Babelsberg, von wo aus der Geschwaderflug nach Südamerika stattgefunden hat. Die Beladung jedes Flugzeugs besteht aus zwei Piloten, einem Funker und einem Monteure.

Sämtliche italienischen Ozeansieger vom vorjährigen Jahre werden an dem Weltflug teilnehmen, für den als Befehlshaber der General Pelligri und als dessen Stellvertreter Oberstleutnant Longo genannt werden. Daß der Luftfahrtminister Balbo und sein Generalstabchef General Balilla wiederum an der Spitze sein werden, wird als selbstverständlich angenommen.

## Verstärkter Schutz für Autos und Fahrräder.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten.

— Berlin, 24. Oktober.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Verordnung des Reichspräsidenten gegen unbefugten Gebrauch von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern. Die Verordnung, die am 1. November in Kraft tritt, bestimmt:

Wer ein Kraftfahrzeug oder ein Fahrrad gegen den Willen des Berechtigten in Gebrauch nimmt, wird, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit schwerer Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Der Verlust ist strafbar. Die Verfolgung trifft nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig. Wer die Tat gegen seinen Ehemann oder gegen einen Verwandten absteigender Linie begeht, ist straffrei. Kraftfahrzeuge im Sinne dieser Verordnung sind die Fahrzeuge, die durch Maschinenkraft bewegt werden, Landkraftfahrzeuge nur info- wie, als sie nicht an Bahngleise gebunden sind.

## Sport-Ecke.

Handball.

Spangenberg 2. — Altmarken 2. 11:1  
Einen Bombenstieg erkämpfte sich am letzten Sonntag unsere 2. Mannschaft gegen Altmarken 2. Während die gleichen Mannschaften mit einem Unterschied von 1:1 trennten, konnte Spangenberg dieses Spiel hoch mit 11:1 gewinnen. Unsere heimische Mannschaft hatte heute ihren besten Tag. Der Tormann war eine Klasse für sich, die Hintermannschaft war auf dem Posten und der Sturm schoss aus allen Lagen. Gest einigen Minuten vor Schluss konnte Altmarken das Ehrentor anbringen.

